



Stadt Kamen

Niederschrift

SuS

über die
4. Sitzung des Schul- und Sportausschusses
am Donnerstag, dem 17.11.2016
im Sitzungssaal II

Beginn: 18:03 Uhr
Ende: 20:31 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Oliver Bartosch
Herr Thomas Blaschke
Herr Joachim Eckardt
Herr Daniel Heidler
Herr Helmut Kampmann
Herr Gökçen Kuru
Herr Ulrich Marc
Herr Johannes Müller
Frau Ursula Müller
Herr Lucas Sklorz

CDU

Herr Ralf Langner
Frau Helga Pszolka
Frau Ina Scharrenbach
Herr Sascha Tiefenbach

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann
Frau Manuela Laßen

DIE LINKE / GAL

Herr Werner Bucek

FW/FDP

Herr Helmut Stalz

Sachverständige gem. Beschluss des Schul- und Sportausschusses

Frau Ulrike Dirzus
Frau Dr. Beatrix Günnewig
Herr Martin Kusber
Frau Angelika Remmers

Herr Frank Stewen
Herr Peter Wehlack
Frau Susanne Wessels

Evangelische Kirche
Herr Martin Brandhorst

Verwaltung
Herr Jürgen Dunker
Frau Marion Jachmann
Frau Elke Kappen
Herr Andree Schneider
Herr Frank Woitas

Gäste
Frau Anja Bolz
Frau Christine Pusch
Frau Gisela Sons
Frau Petra Wolff
Herr Lars Wollny

Entschuldigt fehlten
Herr Michael Dubbel
Herr Marian-Rouven Madeja
Herr Franco Tous

Zu Beginn der Sitzung begrüßte Herr **Eckardt** die Ausschussmitglieder und Pressevertreter. Sodann stellte er den form- und fristgerechten Zugang der Einladung fest und erklärte, dass ihm bisher keine Ergänzungsanträge zur Tagesordnung vorlägen. Aus der Mitte des Ausschusses ergaben sich auch keine Ergänzungsanträge, so dass in die unveränderte Tagesordnung eingetreten wurde. Weiterhin erfolgte die Feststellung der Beschlussfähigkeit durch Herrn Eckardt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Schulsituation im Schuljahr 2016/17	
2.1	Bericht des Schulamtes für den Kreis Unna und der Sprecherin der Schulleitungen zu den Grundschulen	
2.2	Bericht der kommissarischen Schulleiterin der Hauptschule	
2.3	Bericht des Schulleiters der Realschule	

2.4	Bericht der Schulleiterin des Gymnasiums	
2.5	Bericht des Schulleiters der Gesamtschule	
3	Statistik über die Klassenbildung des Schuljahres 2016/17	098/2016
4	Sportförderung – Bezuschussung im Jahr 2016	110/2016
5	Schulsozialarbeit hier: Bericht der Verwaltung	
6	Produkthaushalt 2017 hier: Bericht der Verwaltung	
7	Aufnahmeverfahren an den Schulen in Kamen hier: Antrag der SPD-Fraktion	
8	Raumsituation Offener Ganzttag und verlässliche Schule hier: Antrag der SPD-Fraktion	
9	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Fragen wurden durch die anwesenden Anwohner nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Schulsituation im Schuljahr 2016/17

Zu TOP 2.1.

Bericht des Schulamtes für den Kreis Unna und der Sprecherin der Schulleitungen zu den Grundschulen

Schulamtsdirektorin Frau **Wessels** berichtete über die Situation der Kamener Grundschulen (*Anlage 1 der Niederschrift*).

Frau **Dirzus** fügte ergänzend hinzu, dass im zurückliegenden Jahr eine gute Kommunikation zwischen den Grundschulen und der Schulverwaltung vorlag. Sie fühlten sich von der Verwaltung wahrgenommen.

Weiterhin wies sie darauf hin, dass es aktuell zu Problemen bei der Besetzung von freien Stellen auf Grund von Elternzeit gebe. Dies liege zum einen daran kein Fachpersonal für die Überbrückung zu bekommen und zum anderen, dass es nicht genug Lehramtsanwärter gebe, die dies kompensieren könnten.

Zudem machte sie deutlich, dass die Einhaltung der Richtwerte bei der Klassenbildung immer schwieriger werde. Die Schulen hätten festgestellt, dass durch Inklusion und Zuwanderungen neue Klassen gebildet werden müssten. Außerdem stelle sich immer öfter heraus, dass nicht alle Schüler/Innen schulreif seien.

Herr **Eckardt** bekundete seine Freude über die gute Zusammenarbeit.

Frau **Kappen** erklärte dazu, dass die Eingangsklassenbildung ein Thema der Schulleitersitzung am 12.12.16 sein werde. Sie wies darauf hin, dass das Schulgesetz durch eine Neuregelung eine Änderung der Klassenbildung bis zum Schuljahresbeginn unter bestimmten Voraussetzungen zulasse.

Herr **Stalz** bat um eine Stellungnahme der Schulen zum Thema Gewalt an Schulen im Hinblick auf Gewalt Schüler gegen Schüler, Schüler gegen Lehrer oder Eltern gegen Lehrer.

Frau **Dirzus** erklärte dazu, dass Gewalt gegen Lehrer nicht bekannt sei. Raufereien unter Schülern sei zwar immer ein Thema, würde aber im Klassen bzw. Schulrahmen geregelt. Gewalt von Eltern gegen Lehrer sei ihr ebenfalls nicht gemeldet worden.

Herr **Bucek** erkundigte sich nach der Situation von Flüchtlingskindern an den Kamener Grundschulen.

Frau **Dirzus** informierte, dass die Friedrich-Ebert-Schule den größten Zustrom an Flüchtlingskindern habe. Diese würden dort genauso wie an den anderen Grundschulen in den Klassenverband integriert. Auffangklassen würden nicht gebildet.

Frau **Scharrenbach** erfragte, ob und wie eine präventive Förderung in den Schuleingangsklassen sichergestellt werde.

Frau **Dirzus** erläuterte, dass die Grundschulen in Kamen gut aufgestellt seien und der Bedarf durch diverse Maßnahmen der Betreuung erfolge.

Herr **Stalz** gab den Hinweis, dass Raufereien statistisch festgehalten werden sollten, um eine bessere Transparenz zu erreichen.

Frau **Scharrenbach** fügte ihrer Frage hinzu, ob eine präventive Förderung überhaupt erfolgen könne obwohl die Anforderungen an die Arbeit mit den Kindern weiter steigen würden.

Nach Auffassung von Frau **Dirzus** funktioniere dies an der Diesterwegschule gut. Dies sei von Schule zu Schule jedoch unterschiedlich. Gravierende Probleme seien ihr aber nicht bekannt. Allerdings stelle man fest, dass die Schere zwischen den Kindern ohne Förderung und den Kindern mit Förderung weiter auseinander gehen würde.

Herr **Heidler** erachtete den Vorschlag von Herrn Stalz für unnötig. Man solle dem Schulpersonal nicht noch Statistiken über Raufereien auferlegen. Schließlich sei dies kein gravierendes Problem und nur zusätzliche Arbeit.

Herr **Eckardt** fügte hinzu, dass Dokumentationen über Verursacher, Geschädigten und Sachverhalt die Arbeit des Schulpersonals nur erschweren und die Arbeitszeit mit den Schülern/Innen reduzieren würden. Sollte es allerdings zu Gewalt gegenüber Lehrern kommen, müsse man dies sehr wohl festhalten. Weiterhin stellte er fest, dass es an den Kamener Schulen bis jetzt zu keiner vermehrten Gewaltbereitschaft gekommen sei. Raufereien unter Schülern gebe es immer wieder, seien aber nicht an der Tagesordnung. Dieser Auffassung stimmten die anwesenden Schulleiter zu.

Herr **Stalz** stellte klar, dass es nur um Vorgänge gehen solle, bei dem Ordnungsmaßnahmen getroffen werden müssten.

Zu TOP 2.2.

Bericht der kommissarischen Schulleiterin der Hauptschule

Frau **Dr. Günnewig** stellte die Situation der Hauptschule dar (*Anlage 2 der Niederschrift*).

Herr **Stalz** erkundigte sich nach der Gewaltproblematik in der Hauptschule.

Herr **Eckardt** verwies auf seine getroffene Aussage zum Thema Gewalt in den Grundschulen und stellte abschließend fest, dass es keine Auffälligkeiten gebe. Damit sei zum Thema Gewalt an den Kamener Schulen alles gesagt.

Herr **Heidler** erkundigte sich, wie man mit dem Projekt KAoA umgehen würde nachdem die Schüler/Innen die Hauptschule verlassen hätten.

Frau **Dr. Günnewig** erklärte, dass ab der 9. Klasse eine Betreuung durch Berufseinstiegsbegleiter erfolge. Diese würden den Schülern/Innen z.B. beim Bewerbungsschreiben helfen oder Bewerbungsgespräche simulieren. Die Schüler/Innen würden dann ein Jahr lang nach Verlassen der Schule weiterhin Kontakt mit den Berufseinstiegsbegleitern und der Schule halten.

Zu TOP 2.3.

Bericht des Schulleiters der Realschule

Herr **Wehlack** erläuterte die Situation der Realschule (*Anlage 3 der Niederschrift*).

Herr **Stalz** erläuterte, dass der Kreis Unna die Quote der Schüler/Innen ohne Abschluss senken wolle und erfragte wie hoch die Quote der Schüler/Innen ohne Abschluss an der Realschule sei.

Herr **Wehlack** informierte darüber, dass zuletzt alle Schüler/Innen die Schule mit einem Abschluss verlassen hätten.

Zu TOP 2.4.

Bericht der Schulleiterin des Gymnasiums

Frau **Remmers** stellte die Situation am Kamener Gymnasium vor (*Anlage 4 der Niederschrift*).

Weiterhin fügte Frau **Remmers** ihren Ausführungen hinzu, dass die Schulküche fertig gestellt und der Werkraum in der Umbauphase sei. Am Gymnasium würden die GO-IN-Schüler/Innen schnell Deutsch lernen. Dies liege zum einem an der guten Vorauswahl, ob Schüler/Innen für das Gymnasium geeignet seien und zum anderen an dem zusätzlichen Angebot für Deutschunterricht durch die Oberstufenschüler. Sie wies darauf hin, dass der Großteil der Flüchtlingskinder nicht schwimmen könnte und dies im Schwimmunterricht ein großes Problem sei.

Sie richtete ihren Dank an den Schulträger für den schnellen Ersatz des Kioskbetreibers und die anderen Schulen für den guten Austausch untereinander und die damit verbundene Zusammenarbeit.

Zu TOP 2.5.

Bericht des Schulleiters der Gesamtschule

Herr **Stewen** informierte über die Situation der Gesamtschule (*Anlage 5 der Niederschrift*).

Herr **Stewen** erklärte zusätzlich, dass es trotz zahlreicher Kolleginnen im Mutterschutz zu keinen Ausfallzeiten komme. Man hätte genug Vertretungskräfte gefunden, um auch die in naher Zukunft anfallenden Ausfallzeiten kompensieren zu können. Weiterhin komme eine neue Kollegin mit sonderpädagogischer Ausbildung an die Schule.

Er informierte darüber, dass es Kooperationsgespräche zwischen der Gesamtschule und dem Gymnasium gegeben habe. Weitere Gespräche würden folgen.

Zum Thema Gewalt an Schulen würden die Schulen sich regelmäßig austauschen und die guten Kontakte zum Jugendamt suchen.

Herr **Stalz** erfragte die Schulabschlussquote an der Gesamtschule und ob die Bezeichnung Eliteschule des Fußballs belegbar sei.

Herr **Stewen** erklärte dazu, dass weniger als 10 Schülern/Innen keinen Abschluss erlangt hätten. Die Auszeichnung Eliteschule des Fußballs könne man immer noch belegen, da weiterhin eine Jugendnationalspieler:in an der Schule unterrichtet werde.

Herr **Kuru** bedanke sich für die Arbeit der Schulen gerade im Hinblick auf die Arbeit mit Flüchtlingen und die damit einhergehenden Probleme der Kontaktaufnahme und Absprachen.

Herr **Eckardt** bedankte sich bei den Schulleitern für die Berichte und die gute Zusammenarbeit.

Zu TOP 3.
098/2016

Statistik über die Klassenbildung des Schuljahres 2016/17
(Anlage 6 der Niederschrift)

Herr **Kuru** erkundigte sich, ob Flüchtlinge auf alle Schulen im Stadtgebiet verteilt seien.

Frau **Kappen** erläuterte dazu, dass nur an der Jahnschule in Kamen-Methler keine Flüchtlinge beschult würden. Dies liege daran, dass in der Nähe bisher keine Flüchtlingsunterkünfte vorhanden waren. Es seien aber mittlerweile Unterkünfte in Kamen-Methler angemietet, so dass sich das zukünftig ändern werde.

Frau **Dörlemann** erkundigte sich nach der Stellenbesetzung in der Gesamtschule und erfragte, ob die Stellen wirklich zu 100% besetzt seien, so wie Herr Stewen dies in seinem Bericht geäußert habe.

Herr **Stewen** entschuldigte sich für das Missverständnis. Es gebe keine 100- prozentige Auslastung, dies sei falsch vermittelt worden.

Die Mitteilungsvorlage wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 4.
110/2016

Sportförderung – Bezuschussung im Jahr 2016

Herr **Kusber** bedankte sich für die finanzielle Bezuschussung durch die Stadt Kamen.

Die Mitteilungsvorlage wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 5.

Schulsozialarbeit
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Dunker** stellte die Situation der Schulsozialarbeit an den Kamener Schulen vor (*Anlage 7 der Niederschrift*).

Herr **Heidler** dankte Herrn Dunker für die ausführliche Darstellung der Schulsozialarbeit und unterstützte im Nachgang die Aussagen von Herrn Wehlack und Herrn Stewen, dass Schulsozialarbeit ein wichtiger Faktor im Arbeitsalltag der Schulen sei. Weiterhin gab er sein Unverständnis für den Rückzug der Bundesregierung aus dem Projekt Schulsozialarbeit bekannt. Sollte 2017 die Landesunterstützung ebenfalls wegfallen, sei es die Aufgabe der Kommunen diese Arbeit fortzuführen und die Schulen zu unterstützen.

Frau **Scharrenbach** erfragte die Sinnhaftigkeit des Berichtes von Herrn Dunker. Da er seinen Vortrag nur vorgelesen habe und dort nichts Neues zu berichten gewesen sei, hätte er dies der Einladung auch direkt anfügen können. Sie bat darum den Vortrag dem Protokoll beizufügen.

Weiterhin erklärte sie, dass der Bund sich aus diesem Projekt nicht zurückgezogen habe, sondern eine Bezuschussung bis Ende 2014 von vornherein befristet war. Sie wies darauf hin, dass die Landesunterstützung auch 2017 fortgesetzt werden würde.

Herr **Eckardt** äußerte Kritik an den Aussagen von Frau Scharrenbach. Mit Ihren Aussagen sei sie über das Ziel hinausgeschossen und habe den Sachverhalt und die Arbeit des Kollegen nicht wertgeschätzt. Der Bericht sei nicht auf Initiative der Verwaltung auf die Tagesordnung gekommen. Er selbst als Vorsitzender habe den Bericht angefordert.

Herr **Stalz** bedankte sich für die Informationen zum Thema Schulsozialarbeit und für den Bericht von Herrn Dunker.

Zu TOP 6.

Produkthaushalt 2017
hier: Bericht der Verwaltung

Bevor die Präsentation vorgestellt wurde erläuterte Frau **Kappen**, dass die Verwaltung Informationen liefern wolle, was sich in den Produktbereichen 21 und 42 im Produkthaushalt 2017 im Gegensatz zum Vorjahr geändert habe. Dabei wies sie darauf hin, dass nur die besonderen Veränderungen aufgeführt seien und einige Maßnahmen auf Grund des Förderprogrammes „Gute Schule 2020“ vorgezogen würden.

Im Anschluss an die Präsentation über die Grundschulen erkundigte sich Frau **Scharrenbach**, ob für die Maßnahme „Lernen mit neuen Medien“, für die im Haushalt 4000 € bereitgestellt werden, ein Konzept bestehen würde. Außerdem bat sie um Aussagen zu den in 2016 abgearbeiteten Investitionen. Weiterhin plädierte sie für eine maximale Verteilung der Gelder aus den angekündigten Förderprogrammen.

Frau **Kappen** erklärte dazu, dass es bei dem Betrag für die Maßnahme „Lernen mit neuen Medien“ lediglich um den Erhalt des Status Quo gehe und die Gelder durch die Servicebetriebe für Erneuerung von Kabeln, Vernetzung des W-Lan etc. benötigt würden. Die Schulen seien aufgefordert worden Konzepte zum Umgang mit neuen Medien zu präsentieren, um eine einheitliche Vorgehensweise bei der Weiterentwicklung der Medienlandschaft zu besprechen. Die Hinweise zu den Investitionen würden dem Protokoll angefügt.

Weiterhin fügte sie an, dass durch das Förderprogramm „Gute Schule 2020“ einige Maßnahmen bereits in 2017 erfolgen werden, die erst für 2018 geplant waren. Im Nachgang würden weitere Maßnahmen in 2018, 2019 und 2020 in einem Arbeitskreis geplant und zusammengefasst.

Herr **Stalz** gab zur Kenntnis, dass er die kurzfristigen Gespräche zum Thema „Gute Schule 2020“ für sehr positiv halte und es zeigen würde, welche Gedanken sich die Verwaltung über den sinnvollen Einsatz der Gelder mache. Er erkundigte sich diesbezüglich, ob es Richtlinien für die Verwendung des Geldes aus „Gute Schule 2020“ gebe oder der Phantasie freien Lauf gelassen werde.

Frau **Kappen** teilte mit, dass man aktuell auf die Richtlinien warten würde.

Hinweis der Schulverwaltung:

Im Produkt Grundschulen wurden in 2016 folgende Maßnahmen nicht umgesetzt:

- Maßnahme Nr. 0452

- Maßnahme Nr. 0481

- Maßnahme Nr. 0563 (Der Zaun konnte repariert werden).

Alle anderen Maßnahmen sind abgeschlossen und wurden damit entsprechend umgesetzt.

Herr **Blaschke** gab seine Bedenken über die Maßnahmen zur energetischen Sanierung bekannt, da er diese für problematisch halte. Gerade im Hinblick auf Lüftung und Geruch in den Schulräumen sollte auf ein Lüftungskonzept Wert gelegt werden.

Frau **Kappen** setze die Präsentation mit den Produkten der weiterführenden Schulen und dem Sport fort.

Frau Scharrenbach und Frau Remmers verließen um 19.50 Uhr, Herr **Wehlack** um 20.00 Uhr die Ausschusssitzung.

Zu TOP 7.

Aufnahmeverfahren an den Schulen in Kamen
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Herr **Heidler** erklärte zu Beginn, dass es in den Ortsvereinen verschiedene Anfragen zum Aufnahmeverfahren an den Schulen in Kamen gegeben habe und die SPD-Fraktion sich veranlasst sah einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Frau **Kappen** fügte hinzu, dass andere Kommunen bereits so handeln würden, sofern die Schulformen dies zuließen.

Herr **Stalz** erkundigte sich, ob dieser Antrag der Verwaltung nicht die Möglichkeit zum Handeln entziehen würde.

Frau **Kappen** erklärte, die Entscheidung über die Aufnahme eines Kindes läge grundsätzlich bei den Schulleiter/Innen. Die Verwaltung habe im jetzigen Stadium kein Mitspracherecht. Dies würde sich ändern, wenn diesem Antrag entsprochen würde.

Herr **Eckardt** informierte dazu, dass die Verwaltung mit diesem Beschluss von ihrer Möglichkeit zur Mitsprache Gebrauch machen würde.

Herr **Stalz** stellte die Frage, ob die Schulleiter sich in ihrer Entscheidung einschränken lassen möchten.

Herr **Stewen** erläuterte, dass im Kollegium darüber viel diskutiert werde und man sich dort bewusst sei, dass es zu Härtefällen kommen werde. Allerdings könne man aktuell nicht absehen wie hoch die Anzahl an Härtefällen ausfallen werde. Abgesehen davon werde man den Antrag aber unterstützen. Die Vorteile gegenüber den Kamener Bürgern würden die Nachteile überdecken.

Herr **Langner** teilte mit, dass die CDU-Fraktion über den Antrag überrascht sei, diesem aber zustimmen werde.

Frau **Dirzus** erkundigte sich, ob es nur um die weiterführenden Schulen oder auch die Grundschulen, gerade im Hinblick auf die Richtzahlen, gehen würde.

Frau **Kappen** informierte, dass diese Entscheidung auch die Grundschulen betreffen würde. Sollten Kapazitätsgrenzen nicht erreicht sein, könnten weiterhin Schüler/Innen von anderen Kommunen aufgenommen werden.

Frau **Dörlemann** gab den Einblick, dass man sich innerhalb der Fraktion die Frage über die Schulformen in Kamen und den anliegenden Kommunen gestellt habe. Man sei auf Grund dessen gespaltenen Meinung und würde deshalb einzeln abstimmen.

Herr **Kusber** wies darauf hin, dass es dabei nicht um eine Bevormundung der Schulleitungen gehen würde, sondern eher als Arbeitserleichterung zu verstehen sei. Schließlich mache man sich weniger angreifbar gegenüber den Bürgern.

Herr **Bucek** erkundigte sich, ob es bei einer Einschränkung nicht auch eine Einschränkung der Qualität nach sich ziehen würde, wenn keine Schüler von außen kommen würden.

Da es sich vermutlich nur um eine kleine Anzahl an Schülern/Innen aus anderen Kommunen handeln werde, glaubt Herr **Kuru** nicht daran, dass die Qualität darunter leiden werde.

Herr **Stewen** fügte an, dass die Gesamtschule für Außenstehende auf Grund der bilingualen Möglichkeiten interessant sei und deswegen einen höheren Zulauf von Schülern/Innen aus umliegenden Kommunen habe.

Herr **Heidler** bedankte sich für die Beiträge und stellte klar, dass es einzig und allein um die Planungssicherheit der Eltern gehen würde und der Antrag deshalb aufrecht erhalten bleibe.

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss beschließt gem. § 46 Abs. 6 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW-SchulG), dass Schülerinnen und Schüler, die in ihrer Gemeinde eine Schule der gewählten Schulform im Sinne des § 10 SchulG besuchen können, die Aufnahme verweigert wird, wenn die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität der Schule in Kamen übersteigt.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Enthaltung und 1 Gegenstimme mehrheitlich angenommen

Zu TOP 8.

Raumsituation Offener Ganztags und verlässliche Schule
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Herr **Heidler** stellte zu Beginn dar, dass die räumliche Situation im Offenen Ganztags schon immer ein Thema gewesen sei. Zwar wurden vorhandene Probleme kreativ gelöst, doch werde dies für die Schulleitungen und den Schulträger immer schwieriger. Die SPD-Fraktion möchte deshalb die Mittel aus „Gute Schule 2020“ für mehr Nachhaltigkeit einsetzen.

Frau **Dörlemann** teilte mit, dass sie zwar keinen Sinn in diesem Antrag sehen würde, aber diesen trotzdem unterstützen werde.

Herr **Heidler** erklärte, dass er den Antrag aufrecht erhalte, weil er die Unterstützung durch Fraktionen bestätigt haben möchte.

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss beschließt, dass Fördermittel aus dem Landesprogramm „Gute Schule 2020“ genutzt werden, um die Raumsituation der offenen Ganztagschule (OGS) der verlässlichen Schule im Sinne der Nutzer nachhaltig zu verbessern und Schulraum zu entlasten.

Die Stadt Kamen prüft zunächst, in Kooperation mit Trägern des offenen Ganztags und den Grundschulen, an welchen Standorten die Nachbesserung von vorhandenen Räumlichkeiten geboten ist und beginnt gemäß der zuvor getroffenen Analyse präjudizierend, die Raumsituation zu verbessern.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Gegenstimme mehrheitlich angenommen

Zu TOP 9.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

- 9.1 Frau **Kappen** informierte über die weitere Vorgehensweise bei der Turnhalle der Käthe-Kollwitz-Schule. Es sei eine Überprüfung der Bedarfe für Flüchtlinge erfolgt bei der man zu dem Ergebnis gekommen sei, dass ein Rückbau geplant werden könne. Dieser solle im Dezember erfolgen. Die Turnhalle könne ab Januar wieder durch die Sportvereine genutzt werden. Sollte jedoch wieder Bedarf auf Grund hoher Flüchtlingszahlen entstehen, behalte die Stadt sich vor, die Halle erneut zu nutzen.
- 9.2 Weiterhin unterrichtete sie darüber, dass bei der erweiterten Schulkonferenz der Hauptschule Frau Dr. Günnewig einstimmig als neue Schulleiterin der Hauptschule vorgeschlagen wurde. Um die Frist des Vorschlagsrechts zu verkürzen, werde die Verwaltung die Stellungnahme an die Bezirksregierung bereits am Montag versenden.
- 9.3 Zuletzt gab sie bekannt, dass das Gespräch zwischen dem Bürgermeister und den Schwimmvereinen bezüglich des Bäderkonzeptes stattgefunden habe und etwaige Probleme angesprochen wurden.

Herr **Kusber** teilte den Termin für das Fest des Kamener Sports am 25.03.2017 mit.

Herr **Eckardt** dankte den Anwesenden und schloss die Sitzung um 20.31 Uhr

gez. Eckardt
Vorsitzender

gez. Dunker
Schriftführer